

01

- über Herrn Beigeordneten Stein gez. Stein
- über Herrn Oberbürgermeister Buchhorn gez. Buchhorn

### **Zustand der Wohnungen der Gagfah**

- **Antrag der Fraktion Bürgerliste vom 21.01.2012**
- **Nr. 1445/2012 (ö)**

Im Zusammenhang mit dem Projekt Soziale Stadt Rheindorf-Nord fanden in den vergangenen Monaten mehrere Gespräche mit Vertretern der Gagfah statt, an dem unter anderem auch der Leiter der Region Süd-West teilnahm. Seitens der Stadt Leverkusen waren neben der Verwaltung örtliche Vertreter der Fraktionen beteiligt.

Der Wohnbestand in Leverkusen umfasst 2.000 Wohnungen. Landesweit verfügt die Gagfah über 20 Kundencenter, Büros vor Ort oder kleinere Treffpunkte. Das für Leverkusen zuständige Kundencenter befindet sich in Köln. Der Hausmeisterservice ist ausgelagert.

Aufgrund gesamtwirtschaftlicher Probleme habe die Gagfah in den letzten Jahren wenig investiert, aber inzwischen wieder aufgestockt. Darüber hinaus seien in den nächsten Jahren Zusatzinvestitionen geplant.

Nach eingehender Diskussion wurde folgende Vereinbarung getroffen:

- Die Hotspots, also die dringend notwendigen Sanierungen, werden festgelegt,
- Zukünftig findet wie in Küppersteg auch in Rheindorf eine Sprechstunde durch die Mieterbetreuer statt
- Beschwerden der Mieter werden benannt, gesammelt und über die Stadt an die Gagfah weitergeleitet.

Herr Beigeordneter Stein hat sich angeboten, als Clearingstelle zu fungieren. Meldungen können im Dezernatsbüro erfolgen.

Entsprechende Meldungen wurden an die Gagfah weitergeleitet und führten auch zu konkreten Verbesserungsmaßnahmen. Da es sich um mieter-, also personenbezogene Vorgänge handelt, ist aus Gründen des Datenschutzes an dieser Stelle keine detaillierte Darstellung möglich.

Darüber hinaus wurde vereinbart, im Frühjahr einen Rundgang durch die Bestände der Gagfah in Rheindorf vorzunehmen und sich die Situation vor Ort anzusehen. Ob sich daraus weitere Handlungsnotwendigkeiten ergeben, bleibt der weiteren Entwicklung überlassen.

Der Verwaltung sind bislang keine Wohnverhältnisse bekannt geworden, die ein ordnungsbehördliches Eingreifen erfordern bzw rechtfertigen würden. Sollten Fälle dieser Relevanz gemeldet werden, so wird die Verwaltung diese prüfen und die notwendigen Maßnahmen ergreifen.

Unabhängig von der Gagfah gibt es derzeit Hinweise über den vermehrten Zuzug von SGB II-Empfängern aus dem Umland durch finanzielle Anreize einzelner Wohnungsgesellschaften. Diese Thematik wird derzeit verwaltungsintern in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter aufgearbeitet.

gez. Vogt